



Tagungsbericht:

„Das Ende der Sowjetunion und die Folgen für die Russlanddeutschen“

(Berlin, 18.11.2021)

Grußworte und Ansprachen

Prof. Dr. Bernd Fabritius (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten) bedankte sich bei den Initiatoren und der Deutschen Gesellschaft für die Ausrichtung der wissenschaftlichen Konferenz, da durch diese zum Austausch über ein bis heute Gesellschaft und Politik prägendes Thema angestoßen würde. Die deutsche Aussiedlerpolitik sei ein sichtbares Zeichen für das bis heute fortbestehende Bemühen Deutschlands, sich seinen nationalen Verantwortungen der Folgen des zweiten Weltkriegs zu stellen und Wiedergutmachung zu leisten. Rückblickend auf die vergangenen 30 Jahre stelle die Wiederbeheimatung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Deutschland eine herausragende Erfolgsgeschichte dar. Die deutschen Minderheiten ebenso wie die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Deutschland seien ein ganz wichtiger Faktor der bilateralen Beziehungen und prägen die Gesellschaft als Brückenbauer bis heute.

Markus Meckel (Außenminister a.D., Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) entwickelte den Themenkomplex anhand der Verbindung zwischen den Minderheiten der Deutschen und der Juden in den ehemaligen Sowjetrepubliken, welche beide seit dem zweiten Weltkrieg unter Verfolgung litten. Der Verlust dieser beiden Völker führte zu einem großen Kulturverlust in der Region des östlichen Europas, da beide Minderheiten in den Gesellschaften eine immense Rolle gespielt hätten. Auch in den letzten 30 Jahren habe die deutsche und die jüdische Minderheit eines verbunden, die ausgesprochene Einladung nach Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Es seien noch mehr Anstrengungen nötig, um diesen Teil der Geschichte als Teil bundesdeutscher Geschichte besser verstehen zu können.

Prof. Dr. Joachim Tauber (Direktor des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg) bekräftigte die Aussagen von Markus Meckel und hob zudem hervor, dass der Spruch „Das Ende der Sowjetunion ist das Ende der Geschichte“ aus der heutigen Perspektive und mit Blick auf das Thema der Tagung als falsch herauszustellen sei. Vielmehr bedeutete das Ende der Sowjetunion eine von zwei Zäsuren, die die Geschichte der Russlanddeutschen prägten. Als ersten Einschnitt sei die Deportation unter Stalin zu nennen. Dass die Geschichte der Russlanddeutschen noch nicht zu Ende sei, zeigten auch die große Anzahl an Forschungsverbänden, die sich mit dem Thema auseinandersetzten.

Johann Thießen (Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland) gab in seiner Ansprache einen Überblick über die Ausreisemöglichkeiten der Deutschen aus der Sowjetunion. Erstmals durch Lockerungen im Jahre 1987 stieg die Zahl der Ausreisen nach Deutschland sprunghaft an. Jedoch seien die Deutschen aus Russland nicht als Gleiche unter Gleichen aufgenommen worden, vielmehr hätten negative Schlagzeilen die öffentliche Stimmung gegen die Deutschen aus Russland geprägt. So traten auch für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland neue Aufgaben und Handlungsfelder in den Vordergrund.

Hartmut Koschyk (Parlamentarischer Staatssekretär a.D., stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V.) beschrieb die Zeit um den Fall der Sowjetunion in der Deutschen Politik als Ringen, sowohl im Hinblick auf eine gesicherte Aufnahme und Eingliederung der Deutschen aus Russland und um die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung, als auch ein Ringen mit der sowjetischen Regierung um Bleibeperspektiven der Deutschen in Russland. Es sei wichtig, sich diesem Forschungsfeld – nicht nur um der geschichtlichen Aufarbeitung Willen – sondern vor allem für die Deutschen aus Russland, weiterhin zu widmen und für eine Präsenz des Themas im öffentlichen Diskurs zu sorgen.

Podium 1: Die Lage der Russlanddeutschen zum Zeitpunkt der Auflösung der UdSSR

Prof. Dr. Victor Dönninghaus (Stellvertreter des Direktors am Nordost-Institut (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg) nahm direkt Bezug auf das Jahr 1991. Er betonte, dass die russische Regierung nach der Auflösung der Sowjetunion eine Autonomie für die Deutschen in Russland ablehnte, so war beispielsweise auch der damalige russische Präsident Boris Jelzin gegen eine Autonomie in Gebieten ohne eine „kompakte“ deutsche Bevölkerung. Victor Dönninghaus betonte in seiner Analyse, dass die Deutschen aufgrund der Diskriminierung im Alltag, etwa bei der Ausübung der deutschen Sprache, immer „zurück wollten“. Allerdings habe es aus seiner Sicht auch zu wenig Widerstand gegen die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung gegeben, denn nicht erst die Perestroika habe aus seiner Sicht die Möglichkeit

für Kritik an den politischen Verhältnissen vor 1991 geschaffen. Die Deutschen in Russland seien zu „brav“ gewesen.

Dr. Alfred Eisfeld (Vorsitzender der »Wissenschaftlichen Kommission für die Deutschen in Russland und in der GUS e. V.«) erklärte in Bezug darauf, dass den Deutschen (z. B. im Vergleich zu den Tataren) eine politische Lobby gefehlt hatte, die für ihre Interessen hätte eintreten können. Außerdem erinnerte er, dass die Deutschen in Russland „viele Heimaten“ gehabt hätten, nicht nur in der Wolga-Region. Weiter auf das Problem der strukturellen Diskriminierung vor 1991 eingehend, sprach Alfred Eisfeld die Unmöglichkeit oder Schwierigkeit des gesellschaftlichen und/oder politische Aufstiegs ohne die Nähe zur KPdSU in der Sowjetunion an. Ein Motiv für die Übersiedlung nach Deutschland sei insbesondere das „Außenseiter“-Gefühl in diesem System gewesen. Die Deutschen in Kasachstan seien etwa nie als „Kasachen“ gesehen worden. Zusätzlich seien sie als Volksgruppe mit den Verbrechen der Nationalsozialisten in Verbindung gebracht worden. Die neu entstehenden Nachfolgestaaten der Sowjetunion sahen sich nicht in der Verantwortung, die Geschehnisse der Sowjetzeit aufzuarbeiten und so sahen sich viele Russlanddeutsche mit der Überlegung konfrontiert, sich im neuen Staat wieder eine neue Identität aufzubauen oder in die alte Heimat der Vorfahren zurück zu kehren.

Victor Dönninghaus hob hervor, dass die Gründe für die Übersiedlung nach Deutschland nicht nur politischer Natur gewesen seien und beispielsweise durch Ausreisereicherungen ab 1987 unterstützt wurden, sondern in den 1990er Jahren auch wirtschaftlich motiviert waren.

Prof. Dr. Hans-Christian Petersen (Gastprofessur für Migration und Integration der Russlanddeutschen am IMIS Osnabrück, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) Oldenburg) kontrastierte die Aussagen von Victor Dönninghaus und Alfred Eisfeld, indem er dem Narrativ widersprach, alle Deutschen in Russland hätten nach 1991 eine Autonomie gewollt. Diese Autonomiebestrebungen seien „nur ein Strang“ gewesen, ebenso hätten nicht alle in ihre „Ur-Heimat“ zurückgewollt. Bei vielen Deutschen in Russland habe auch ein „Einleben“, gar ein „Etablieren“, im Sowjetsystem stattgefunden. Aus der Sicht von Petersen habe es ein Bündel von Motiven für verschiedene Reaktionen und Handlungsweisen der Russlanddeutschen gegeben, die „nicht nur auf einen Nenner zu bringen“ seien. Damit widersprach er in Teilen dem allgemeinen Diskriminierungsnarrativ von Victor Dönninghaus, ohne jedoch die Diskriminierung der Deutschen in Russland abzustreiten. Er plädierte im Kontrast zu seinen Podiumskollegen für eine vergleichende und multiperspektivische Sichtweise. Es habe sich um eine „transnationale Geschichte“ von Veränderungen gehandelt, die man nicht ausschließlich am Beispiel der Deutschen aus Russland betrachten, sondern bei deren Auseinandersetzung auch andere

Minoritäten in der Sowjetunion mit einbezogen werden sollten. Die Gewalt gegen Russlanddeutsche und andere Minderheiten in der Sowjetunion war Unrecht, das sei unstrittig. Es habe aber nicht nur einen Heimatbegriff und eine Erzählung gegeben, weil Veränderung nicht immer Verlust bedeute. Hans-Christian Petersen verneinte die Frage, ob deutsche Identität im Innern der Menschen immer stabil bliebe. Vielmehr wandle sich dieser Identitätsbegriff mit der Zeit, sodass es späteren Generationen möglich wäre, sich nicht auf die Opfergeschichte in Bezug auf die Verbrechen unter Stalin in der Sowjetzeit reduzieren zu lassen, sondern in eine Position mit Handlungsmacht auszubrechen.

Alfred Eisfeld pflichtete ihm in dem Punkt bei, dass die Deutschen in Russland keine homogene Gruppe gewesen seien, innerhalb welcher es nur die Alternativen „entweder Auswanderung oder Autonomie“ gegeben hätte. Einige etwa hätten nur eine religiöse Autonomie gewollt.

Podium 2: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihre Minderheitenpolitik

Dr. Viktor Krieger (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bayerischen Kulturzentrum der Deutschen aus Russland) betonte in seinem Eingangsimpuls, dass sich die individuellen Rechte der Deutschen in Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durchaus verbessert hätten und individuelle Nachteile für Deutsche heute in Russland kaum noch erkennbar seien. Allerdings habe es in Bezug auf die Minderheitenrechte eine Ungleichstellung und gewisse „Hierarchisierung“ gegeben. Dies verdeutlichte er am Beispiel von Kasachstan, wo die minoritären Volksgruppen ihre gesellschaftliche und/oder politische Vertretung nicht selbst bestimmen könnten. Er forderte einen Umsetzungsmechanismus und größere finanzielle Unterstützung durch Deutschland, vor allem bezogen auf die sprachliche und kulturelle Infrastruktur, wie beispielsweise die Implementierung deutscher Kulturzentren und die Etablierung der deutschen Sprache als Muttersprache und nicht nur als „Fremdsprache“ in Schulen. Auch müsse es exemplarisch Museen geben, die die Geschichte der Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion darstellen. Viktor Krieger nahm hier Bezug auf die als Positivbeispiel für Minderheitenrechte geltende dänische Minderheit in Schleswig-Holstein.

Insgesamt äußerte sich Krieger pessimistisch über die Möglichkeiten der geschichtlichen Aufarbeitung. Russland erschwere diesen Prozess mit der Begründung, dass nationaler Zwist geschürt würde, und schränke deshalb den Zugang zu Archiven ein und schenke dem Thema auch im Schulcurriculum keine Bedeutung.

Kornelius Ens (Museumsleitung Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, Detmold) kritisierte explizit, dass in deutschen Lehrplänen das Thema der Deutschen aus Russland und

„russlanddeutsche Geschichte“ praktisch nicht verankert sei. Zudem müsse es in der historischen Bildung „Bezugspunkte“ geben, die sich nicht nur auf Russlanddeutsche beziehen. Eine vergleichende Perspektive sei erstrebenswert, da die Geschichte der Russlanddeutschen eine von vielen deutschen Deportations-/Vertreibungs-/Fluchterfahrungen darstelle. Er forderte eine Kontextualisierung durch „neue Formen des Erinnerns“. Die Perspektive der Zuwanderung/der Migration selbst müsse dabei mit einbezogen werden, es solle weniger ein „Nationalerinnern“ stattfinden. Dies schaffe neue Verortungspunkte und die Möglichkeit, das Schicksalsnarrativ ablegen zu können. Kornelius Ens forderte für die schulische historische Bildung, dass die Geschichte der Russlanddeutschen im Kontext der Folge des Nationalsozialismus stärker unterrichtet werden sollte. Zudem pflichtete er Viktor Krieger bei, dass der eingeschränkte Zugang zu Archiven ein Hindernis für eine transparente Aufklärung darstellt.

Helene Henze (Mitarbeiterin am Nordost-Institut (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg und Doktorandin im Forschungsverbund „Ambivalenzen des Sowjetischen“ an der Georg-August-Universität Göttingen) entgegnete Kornelius Ens, dass die Geschichte der Russlanddeutschen im Lehrplan eines Bundeslandes (Berlin) inzwischen verankert sei. Sie betonte, dass die Geschichte der Deutschen aus Russland in Deutschland als auch in Russland mehr in die Lehrpläne aufgenommen werden sollte. Zudem lenkte sie die Perspektive auf die Probleme bei der Forschung über die Geschichte der Deutschen aus und in Russland. So seien die Archive aus der Stalin-Zeit in Russland „immer schwerer“ zugänglich, denn diese Geschichte sei Teil der Repressionszeit unter Stalin und die Forschung dazu unerwünscht. Dennoch müsse die Geschichte der Russlanddeutschen als Teil der sowjetischen, russischen und deutschen Geschichte gesehen werden und dementsprechend auch ihren Platz sowohl in der schulischen Bildung wie auch in der nationalen Erinnerung bekommen.

Podium 3: »Doppelte Fremdheit, Heimkehr, Wiedergeburt« – auf der Suche nach der russlanddeutschen Identität

Prof. Dr. Anke Hilbrenner (Professur für neuere Geschichte Osteuropas, Georg-August-Universität Göttingen) beschrieb in ihrem Impulsvortrag, dass die Wirkungsmacht von Fremdzuschreibungen in der Vergangenheit auch die Russlanddeutschen traf, vor allem in Folge der NS-Zeit und der Zwangsdeportation. Interessant hierbei sei, dass sich in diesem Fall die Fremdzuschreibung „Deutsch“ nicht von der Selbstwahrnehmung, ebenfalls „Deutsch“, unterschied. Es sei deshalb wichtig zu erkennen, dass diese Identitäten konstruiert seien. Zudem plädierte Anke Hilbrenner dafür, den Begriff der Identität mit „Zugehörigkeit“ zu ersetzen, um leichter greifbar machen zu können, was mit Identität beschrieben wird. Eine Zugehörigkeit zu einer Gruppe bestehe dementsprechend so lange, als dass man sich zu

dieser Gruppe bekennt oder ihr fremd zugeschrieben wird. Für die Russlanddeutschen ergebe sich demnach eine besondere Situation, da der Begriff von vornherein auf eine doppelte Zugehörigkeit anspiele, die allerdings treffender durch „doppelte Nicht-Zugehörigkeit“ oder „doppelte Fremdheit“ ausgedrückt werden könne. Des Weiteren betonte Anke Hilbrenner, dass die Auswanderung von Deutschen aus Russland in der 1990er-Jahren auch Folge der Renationalisierung gewesen sei.

Albina Nazarenus-Vetter (Stadträtin Frankfurt am Main, stellv. Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Mitglied des Hessischen Landesbeirates für Vertriebene, Spätaussiedler und Flüchtlinge) ging weiter auf das Dilemma der russlanddeutschen Identität ein. So hätten die Russlanddeutschen einerseits zur Zeit der Sowjetunion ihre Identität in Form von Sprache, Kultur oder Religion nicht ausleben dürfen und wären andererseits nach der Migration nach Deutschland nicht als Deutsche anerkannt worden. Die Deutschen aus Russland seien gleichzeitig Opfer von NS- und Stalin-Diktatur. Sie betonte aber, dass sich die junge Generation ausdrücklich nicht als Opfer sehe.

Anke Hilbrenner kritisierte in der Diskussion aus deutscher Sicht, dass die Perspektive nach Osten keine besonders empathische sei, sondern häufig mit „Rückständigkeitsnarrativen“ verbunden sei. Sie forderte, dass „Fremdheit“ nicht so negativ gesehen werden solle, weil die Gesellschaft eine vielfältige sei. In diesem Sinne könnten die Russlanddeutschen ein Vorbild und Bindekraft zu einer gemeinsamen Identität und Geschichte sein.

Albina Nazarenus-Vetter forderte die Russlanddeutschen auf, sich als gleichwertige Deutsche zu verstehen, die „in die Heimat“ zurückkehrten, was ein Abgrenzungsmerkmal zu anderen Migranten sei.

Albert Rau (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaftlichen Stiftung „Vereinigung der Deutschen Kasachstans „Wiedergeburt“) betonte in seinem Diskussionsbeitrag, dass Sprache identitätsstiftend sei und skizzierte das Problem der Deutschen in Kasachstan. So wie Viktor Krieger im 2. Podium kritisierte er, dass Deutsch nur als Fremdsprache in Schulen unterrichtet werde. Aus der kasachischen Perspektive bewertete er wirtschaftliche Gründe für Migration im Vergleich zu Renationalisierungstendenzen im Land als entscheidender und widersprach damit der These von Anke Hilbrenner am Beispiel Kasachstans.

Mit Blick auf die Vergangenheit betonte Dr. Nino Aivazishvili-Gehne (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Research Center for the History of Transformations (RECET), Universität Wien und Post-Doc, Forschungsteilprojekt „Die Suche nach dem „guten Leben“ in Deutschland (Osnabrück)), dass es in allen post-sowjetischen Gesellschaften eine „gewisse Verklärung“ des Lebens in der Sowjetunion gäbe. Das betreffe nicht alle Menschen, aber einen Teil, was

Aufarbeitung zu einer Herausforderung mache. Zudem stellte sie die Frage, ob es nur um doppelte Fremdheit gehe, oder man über die translokalen Vernetzungen und Wissensakkumulationen, die durch russlanddeutsche Geschichte entstanden, nicht auch von multiplen Vertraulichkeiten sprechen könne. Es finde demnach nicht nur ein „sich entfremden“, sondern immer mehr auch ein „sich vertraut machen“ statt.

Albina Nazarenus-Vetter betonte zum Abschluss, dass die Menschen „auf der Suche nach Identität“ seien und der Prozess noch lange nicht abgeschlossen sei.

Podium 4: Die Russlanddeutschen im Spannungsfeld der deutsch-russischen Beziehungen

Dr. Manfred Sapper (Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“) positionierte sich in seinem Eingangsimpuls deutlich, indem er explizit Erwartungen an die Russlanddeutschen formulierte. Das Thema der Russlanddeutschen solle nicht in Bezug auf die Frage nach Identität diskutiert werden, sondern vielmehr solle über ihre Rechte, Interessen und Kompetenzen, sich in der Gesellschaft einbringen zu können, gesprochen werden. Er hob das angespannte deutsch-russische Verhältnis hervor und forderte die Russlanddeutschen explizit dazu auf, sich in diesen Diskurs einzubringen. Er sähe in Russland einen „Rückfall hinter die Freiheitsräume der Perestroika“ und vermisse ganz explizit die Stimme der Russlanddeutschen in diesem Diskurs. Am Beispiel von Memorial forderte er sie auf, „die Stimme zu erheben“, denn Memorial habe eine entscheidende Rolle auch bei der Aufklärung von Unrecht und Verbrechen an den Russlanddeutschen gehabt. Gerade diese Volksgruppe dürfe sich aufgrund „ihrer spezifischen Erfahrung“ nicht aus dem Thema zurückhalten.

Mit Bezug auf Deutschland kritisierte er in seinem Eingangsvortrag das Narrativ, dass Deutsche aus Russland „eine Nähe zur AfD hätten.“ Dies sei zu unterkomplex aufgrund der großen Heterogenität und Pluralität, die diese Gruppe ebenso wie die gesamtdeutsche Gesellschaft heute aufweise.

Olga Martens (Herausgeberin der Moskauer Deutschen Zeitung) machte deutlich, dass es eine doppelte Identität gäbe. Beispielsweise fühlten sich viele Russlanddeutsche beiden Ländern verbunden und verpflichtet, es gäbe deshalb eine Art doppelte Loyalität. Dies könne möglicherweise die gewisse Zurückhaltung bei der Kritik der Gruppe an der russischen Regierung erklären, da alle Entscheidungen in dieser Zwischensphäre zwischen der Loyalität zu beiden Staaten getroffen würden. Die Frage danach, wie man sich als Russlanddeutsche „zu etwas äußern“ dürfe, habe in ihrem Fall besondere Brisanz, da sie als Herausgeberin der Moskauer Deutschen Zeitung durchaus darauf achten müsse, wie stark man sich zu den Themen positioniert.

Hartmut Koschyk (Parlamentarischer Staatssekretär a. D., stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V.) widersprach der These von Manfred Sapper, dass Russlanddeutsche sich nicht genug in den aktuellen politischen Diskurs einbringen und positionieren würden und erklärte diese Zurückhaltung der Deutschen aus und in Russland mit der anderen Ausgangssituation, die dieser Gruppe weitaus weniger Möglichkeiten und Handlungsspielraum eröffnete. Im Vergleich beispielsweise mit deutschen Minderheiten in Rumänien seien Russlanddeutsche nicht gleichermaßen rehabilitiert worden. Er betonte, dass Russlanddeutsche in Deutschland andere Möglichkeiten hätten sich zu artikulieren als Deutsche in Russland und dementsprechend hätten die Russlanddeutschen ihre Kompetenz für den deutsch-russischen Dialog durchaus eingebracht und damit eine wichtige Brückenfunktion eingenommen. Hartmut Koschyk verwies auf die schwierige Situation der Deutschen in Russland, politisch wie wirtschaftlich. Es gäbe allerdings entgegen des Narrativs der Diskriminierung aller durchaus einige Deutsche in Russland, die im kulturellen Leben eine „herausragende Rolle“ spielen würden und sich im zivilgesellschaftlichen Kontext einbringen würden. Im Hinblick auf Manfred Sappers Kritik berief er sich erneut auf die unterschiedliche Situation der Deutschen aus Russland und derer, die in der Russischen Föderation leben und hob in diesem Zusammenhang die herausragende Arbeit der Moskauer Deutschen Zeitung hervor.

Tatjana Schmalz (Doktorandin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder, Kulturwissenschaftliche Fakultät) warnte vor einer Instrumentalisierung und einer Zueinander-in-Hierarchie-Setzung verschiedener Bevölkerungsgruppen nach Stand ihrer Integration, da diese auch die Russlanddeutschen zu Objekten der Diskussion mache, was nicht der Ansatz sein dürfe. Nicht nur in diesem Punkt pflichtete sie Manfred Sappers kritischem Eingangsimpuls bei, sondern auch indem sie die Forderung unterstützte, dass die LmdR sich zu Memorial äußern sollte. Zudem sprach Tatjana Schmalz ein politisch-bürokratisches Problem an. Viele Russlanddeutsche hätten zwar eine doppelte Staatsbürgerschaft, wüssten dies aber nicht, da ein Pass beispielsweise lange abgelaufen sei, nicht aktualisiert wurde und so vor allem bei Reisen oder Behördengängen unerwartete Probleme aufkommen könnten.

Hartmut Koschyk sprach das deutsch-russische Protokoll an, in welchem Rechte der deutschen Minderheit in Russland verankert seien. Zudem betonte er, dass trotz der aktuellen schlechten Lage der bilateralen Beziehungen weiterhin ein deutsch-russischer Dialog, auch mit Einbezug der Russlanddeutschen, stattfinden.

Manfred Sapper entgegnete allerdings, dass diese Dialoge durchaus an Kraft verloren und die Akteure sich im Zuge der politischen Krisen entfremdet hätten. Vor allem deshalb müsse man sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene vermehrt in den deutsch-russischen Dialog einbringen,

um weiterhin Rechte (Minderheitenrechte, bürgerliche Freiheiten, Pressefreiheit etc.) einzufordern.

Olga Martens zeigte aus ihrer Perspektive immer wieder das Dilemma „der Grenzen des Sagbaren auf“, welches sozusagen ein persönliches Spannungsfeld innerhalb des großen politischen und gesellschaftlichen Spannungsfeldes der bilateralen Beziehungen bilde. Man müsse immer alle Risiken und Konsequenzen möglicher Äußerungen in der eigenen Handlung berücksichtigen. Gleichzeitig verteidigte sie die Anstrengungen der Deutschen in Russland, deren Fortschritte und Erfolge auf manche Beobachterinnen und Beobachter aus Deutschland möglicherweise marginal erschienen, jedoch für die Minderheit in Russland ein großer Schritt seien, da sie heutzutage nicht mehr die kritische Masse hätten, um größere öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen.

Tatjana Schmalz plädierte trotz der angespannten politischen Lage dafür, die Dialog- und Austauschkanäle offen zu halten, da vor allem in der aktuellen jungen Generation der Russlanddeutschen die Tendenz zu sehen sei, wieder Verbindungen und Brücken zu suchen und zu schlagen und damit den kulturellen Austausch weiter zu fördern und voranzubringen. Dennoch würde die Frage nach der Loyalität der Russlanddeutschen weiterbestehen und bei jedem „zu großen“ Interesse für das eine oder andere Land in Frage gestellt werden.

Schlusswort

Walter Gauks (Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland) ließ in seinem Schlusswort die Ergebnisse der Tagung mit Bezug zu seiner persönlichen Geschichte Revue passieren. Er plädierte dafür, Russlanddeutsche als individuelle Aussiedlerinnen und Aussiedler zu sehen, die keineswegs alle einheitliche Merkmale aufwiesen (bspw. Sprachkenntnisse, politische Gesinnung, etc.). Es sei wichtig, die einzelnen Geschichten vor dem Kontext des großen Ganzen zu sehen, der Mensch solle immer im Mittelpunkt stehen. Der bedeutungsschwerste Grund für eine Aussiedlung befinde sich in der Metaebene: man wollte in die historische Heimat zurückkehren, um die 250 Jahre lange Odyssee der Deutschen in Russland hinter sich lassen und in Deutschland eine neue Zukunft beginnen zu können.

Abschließend betonte er die Bedeutung von starken Organisationen und Verbänden, die sowohl den Deutschen aus Russland als auch den Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion helfen, ihre Rollen wahrzunehmen und als bedeutende Akteure der bilateralen Beziehungen und Völkerverständigung agieren zu können.

Trotz der vielen positiven Fortschritte bestünde weiterhin der Bedarf, der Geschichte und der Gruppe der Deutschen aus Russland eine Stimme in der Öffentlichkeit zu geben, um weiterbestehende strukturelle Probleme (wie die Sicherung der Rente, Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus der Sowjetunion, etc.) lösen zu können. Man solle alles dafür tun, dass der Gesellschaftsgruppe der Deutschen aus Russland, die bereits so viel Leid auf sich genommen habe, eine größere Rolle zu Teil würde. Nur vereint könne man die Herausforderungen dieser Zeit meistern.

Kultureller Ausklang: Musikalische Darbietung mit Gespräch

Helena Goldt (Sängerin, Kulturbotschafterin der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland) ließ die Tagung gekonnt musikalisch ausklingen. Die Künstlerin gab zunächst mit dem Lied „Chikibriki“ eine Hommage an die Sprachen, die sie in ihrem Leben prägten und die sie ebenso liebe. Helena Goldt erzählte von ihrer Kindheit, in der sie früh lernte, mit Worten zu spielen, das alte Deutsch ihrer Eltern zu übersetzen und vor allem viele neue Wörter zu lernen. Ihre persönliche Geschichte spiegelt sich auch in ihrem zweiten Lied wieder: „Werden wir je erfahren“. Es handelt von Sinn- und Identitätssuche und verarbeitet damit künstlerisch eine der zentralen Fragen der Deutschen aus Russland.

Insgesamt spiegelten sich auch in ihren weiteren Liedern „Eine Nacht mit Dir in Moskau“, „Spätsommersonnenwinde“ und „Ajajaj – Lebe lieber leidenschaftlich!“ viele autobiographische Elemente. Helena Goldt beschrieb, dass die Musik ihr helfe, die Geschichte zu verarbeiten und gleichzeitig über die Musik einen alternativen Zugang zum Hintergrund der Deutschen aus Russland zu geben. Als Kulturbotschafterin sei Helena Goldt wortwörtlich die Stimme einer jungen Generation von Deutschen aus Russland, die ihre Reichweite nutze, um Brücken zu schlagen und die Kultur als gesellschaftsverbindendes Element einzusetzen. Ihr musikalischer Auftritt stellte einen gelungenen kulturellen Ausklang der wissenschaftlichen Konferenz „Das Ende der Sowjetunion und die Folgen für die Russlanddeutschen“ dar.